



Nr. 12 Feb. 1985

Grünschnabel

ZEITUNG DER UNABHÄNGIGEN WÄHLERGEMEINSCHAFT

Grüne Liste Büttelborn

Wollemer se roilosse?



Kommunalwahl 10 März '85.

Wir stellen uns:

(von links nach rechts): Peter Best (Gewerbelehrer), Christine Schröder (Hausfrau), Josef Korent (EDV-Berater), Jürgen Pohl (kaufm. Angestellter), Karin Müller (kaufm. Angestellte), Helmut Bauer (Programmierer), Gerd Reinheimer (Lehrer), Karin Fischer (kaufm. Angestellte), Dieter Schulmeyer (Ingenieur), Alfred Reinheimer (Industriekaufmann), Frieder Engel (Mathematiker), Peter Leinberger (Industriemeister), Wulf Witusch (Maschinenbauingenieur), Jochen Schäfer (Agrarbiologe), Jürgen Schorsack (Industriekaufmann), Wolf Dieter Schröder (Kaufmann). Als "Clown" links oben: Martin Gölzenleuchter (Student). Leider nicht auf dem Bild: Gerd Kolb (Handelslehrer) und Jakob Adam (Maschinenbaulaborant)

EROI MIT 'N

Spaß beiseite:

Wir sind kein neuer Karnevalverein (das machen andere viel besser), sondern Bürgerinnen und Bürger, die in unserer Gemeinde politisch aktiv sind. Vielen "neidischen Prophezeiungen" zum Trotz, die uns Grünen seit den letzten vier Jahren bis heute ein schnelles Ableben bescheinigt haben:
Wir stellen uns in Büttelborn von neuem zur Wahl!
Von der alten "Mannschaft" sorgen mit ihrer

Erfahrung für den reibungslosen Fortlauf der Arbeit:
Frieder Engel (Platz 1), Josef Korent (Platz 3) Peter Leinberger (Platz 7), Gerd Reinheimer (Platz 8) und Helmut Bauer (Platz 9).
"Neuen Wind" bringen Karin Fischer (Platz 2), Peter Best (Platz 4), Jürgen Pohl (Platz 5), Martin Gölzenleuchter (Platz 6) und Jürgen Schorsack (Platz 10).
Karin Fischer arbeitete seither intensiv im Kreisverband der Grünen mit und ist besonders für Frauenfragen motiviert.

Peter Best, Jürgen Pohl und Jürgen Schorsack sind vielen noch als "Aktivisten" in der Büttelborner Bürgerinitiative gegen die Startbahn West und seit zwei Jahren durch ihre Mitarbeit im Bund für Umwelt und Naturschutz bekannt. Martin Gölzenleuchter ergänzt die "Neuen" sinnvoll mit seiner Erfahrung aus der Jugendinitiativgruppen-Arbeit in Büttelborn.
Wer eine lebhafteste, kritische und konstruktive Parlamentsarbeit für die nächsten 4 Jahre in Büttelborn will, wählt deshalb uns - und verhindert eine absolute Mehrheit der SPD!

UNSER WAHLPROGRAMM

PRÄAMBEL

Eine wachsende Anzahl von Menschen ist seit Mitte der siebziger Jahre angesichts großer Krisen und Bedrohungen aufgewacht:

- die Ökologiebewegung, die der zunehmenden Zerstörung der Umwelt widersteht,
 - die Friedensbewegung, die gegen die weitere atomare Aufrüstung in Ost und West aufsteht,
 - die Frauenbewegung, die die fortdauernde Benachteiligung der Frauen beenden will,
 - die Dritte-Welt-Bewegung, die sich für die Rechte der unterdrückten Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas einsetzt,
 - die Solidaritätsbewegung mit den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die für deren Bürgerrechte eintritt.
- Wir stehen in diesen Bewegungen für Lebensschutz und für Menschen- und Bürgerrechte.

Die etablierte Politik führt in Sackgassen: Startbahn West, Pershing II, Volkszählungsge- setz, Verkabelung, Ausländergesetze, Steuer- erhöhung, Kürzung der Sozialleistungen bei erhöhten Abgaben - das sind Symbole dieser Politik.

Antworten aus den fünfziger oder sechziger Jahren, wie sie die etablierten Parteien anbieten, können die Probleme der Gegenwart und Zukunft nicht lösen.

NEUE PROBLEME ERFORDERN NEUE LÖSUNGEN:

- ein neues Verhältnis zur Natur. An die Stelle der Ausbeutung der Natur muß die Zusammen- arbeit von Mensch und Natur treten.
- einen neuen Umgang mit der Technik. Wir müssen eine "sanfte", naturfreundliche Technik entwickeln.
- eine Umverteilung und Neuordnung der Arbeit
- einen verstärkten Einbau von Bestandteilen der direkten Demokratie in unsere Verfassun- ordnung: z.B. Volksentscheide.
- einschneidende Schritte zur Abschaffung der Massenvernichtungswaffen.



Was wir wollen:

Startbahn West-Fluglärm- Flugzeugabgase

Wir halten nach wie vor die Startbahn West für wirtschaftlich überflüssig und ökologisch gefährlich.

Die Bürger Büttelborns, hauptsächlich die der Ortsteile Klein-Gerau und Worfelden, sind nach dem Startbahnbau einer unerträglichen Lärm- und Luftverschmutzungsbelastung ausgesetzt. DIESE SITUATION MUSS GEÄNDERT WERDEN ! Wir werden uns nachhaltig dafür einsetzen.

Konkret fordern wir:

- Generelles Nachtflugverbot für den Frank- furter Flughafen.
- Eine meßtechnisch genaue Aufnahme der Lärm- situation (Die GLB hat dazu über die Land- tagsgruppe der GRÜNEN Forderungen für den Landeshaushalt eingebracht).
- Festlegung der Lärmzonen durch genaue Mes- sungen - nicht durch ungenaue Berechnungen.
- Ausweitung des Lärmschutzfensterprogrammes auf alle Gebiete, die mit über 60 dBA be- lastet sind. GANZ Worfelden und GANZ Klein- Gerau werden sofort in das Programm einbe- zogen.
- einen Vertreter mit Stimmrecht für die Ge- meinde in die Fluglärmkommission. Der Bür- germeister ist zwar in der Fluglärmkom- mission, jedoch nur als Vertreter des Land- rates, er muß also dort für den Kreis spre- chen.

Umweltbeauftragter

Daß in puncto Fluglärmbelastung keine rea- listischen, konstruktiven Vorschläge und keine kritische Überprüfung der Machen- schaften von FAG und BFS erfolgen, doku- mentiert die Hilflosigkeit von Bürgermei- ster und Verwaltung. Dies trifft auch für andere Aufgaben im Umweltbereich zu. Wir fordern die Einstellung einer Person, die Fachwissen im Umweltschutzbereich be- sitzt.

Unterstützung der Umweltschutzorganisationen

Die GLB wird dafür Sorge tragen, daß die Um- weltschutzorganisationen die größtmögliche Unterstützung bei ihrer Arbeit von der Gemeinde erhalten. Wir werden die Einstellung von Mitteln in den Haushaltsplan beantragen. Die geleistete Arbeit dieser Vereine muß gebührend anerkannt, die zukünftige Arbeit unterstützt werden.

Umweltschutz

Mülldeponie nie !

Die GLB wird mit allen Mitteln verhindern, daß eine Mülldeponie an dem vorgesehenen Standort an der B 42 gebaut wird.

Sollte dieser Standort von CDU und SPD durch- gesetzt werden, wird ein wertvolles, schutz- würdiges Gebiet zerstört. Für das angrenzende Seengebiet ist Unterschutzstellung von den Naturschutzverbänden beantragt.



In beiden Gebieten leben:

- 4 Amphibien (Frösche, Lurche usw.) und
- 4 Pflanzenarten, die vom Aussterben be- droht sind.

All diese Arten werden beim Bau einer Großmülldeponie dort verschwinden. Sie werden vernichtet oder vertrieben.

DAS NEHMEN WIR NICHT HIN.

Es ist vorauszusehen, daß:

- aufgrund der unterschiedlichen Struktur und Dichte des Untergrundes, die Basis- abdichtung der Deponie nicht halten und dadurch unser Grundwasser verseucht wird.
- die Lärmbelastung durch Müllaster stark zunehmen wird.
- Geruchsbelästigungen auftreten werden (Die Gutachten bestätigen das.)

Die GLB und die GRÜNEN im Kreistag sind gegen diesen vorgesehenen Standort in Büttelborn und fordern sofort im gesamten Kreisgebiet die Suche nach einem neuen Standort aufzunehmen.

Landschaftsplan

Die GLB setzt sich für eine zügige Aufstellung und Verwirklichung eines sinnvollen Landschafts- planes für die Gemeinde ein.

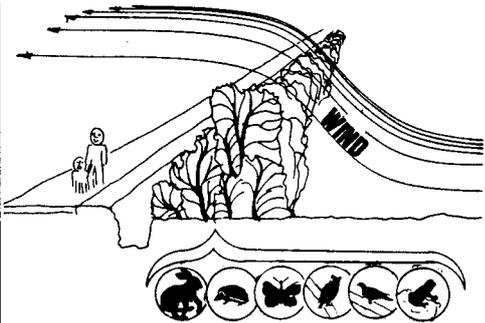
Die von uns in Zusammenarbeit mit den Natur- schutzverbänden ausgearbeiteten Vorschläge lie- gen dem Fachausschuß auf dem Tisch.

Kernpunkte dieser Vorschläge sind:

- Renaturierung von Bachläufen
- Natürliche, standortgemäße Bepflanzung an Graben- und Wegrändern
- Feldholzinseln
- Erhaltung von Wiesenflächen und von Brachge- lände
- innerörtliche Begrünung



Windschutzstreifen



UNSER WAHLPROGRAMM



Müllkonzept

Unter maßgeblicher Beteiligung der GLB wurde für die Gemeinde ein Müllkonzept erstellt. Gleichzeitige Initiativen der GRÜNEN im Kreistag ermöglichten 1984 die Abrechnung des bei den Riedwerken abzuliefernden Mülls nach Gewicht. Dadurch ist eine wesentlich umweltfreundlichere Müllentsorgung durch Getrenntsammlung und Kompostierung auch finanziell sinnvoll geworden. Dieser Weg muß weiter gegangen werden. Dafür wird die GLB arbeiten.



Büttelborner Kompostierungsanlage an der Straße nach Griesheim.

Trinkwasser

Trinkwasser wird immer mehr zum kostbaren Gut. Sparsamer Verbrauch muß belohnt werden. Die GLB wird sich dafür einsetzen, daß Niedrigtarife für Kleinverbraucher und hohe Tarife für Verschwender geschaffen werden.

Kläranlagen

Die Klärqualität kann nur durch einen Ausbau der Kläranlagen entscheidend verbessert werden. Dabei liegt es im Interesse der Bürger, daß die Abwassergebühren niedrig bleiben. Wir setzen uns deshalb für einen Ausbau der bestehenden Anlagen nach dem System natürlicher Klärverfahren ein.

Die dafür in Frage kommende Wurzelraumtrensorgung bietet folgende Vorteile:

- optimale Abwasserklärung
- Feuchtbiotop statt Beton
- niedrige Bau- und Wartungskosten.

Umweltkataster

Wir fordern die Aufstellung von Katastern für Wasser, Luft, Lärm und Boden. Jeder Büttelborner muß wissen, wie die derzeitige Belastung im Gemeindegebiet ist. Deshalb und um eine Grundlage für spätere Bewertungen zu schaffen, fordert die GLB die Aufstellung dieser Kataster. Die giftigen Zeitbomben, die in Form von Altdeponien und Landgrabenschlamm auf unserem Gemeindegebiet vorhanden sind, müssen genauestens untersucht und unschädlich gemacht werden. Einer Deponierung des vergifteten Landgrabenschlammes auf den Auwiesen des ehemaligen Neckarbettes werden wir nie und nimmer unsere Zustimmung geben.

B44

Der Wunsch der Groß Gerauer SPD und CDU gegen den Willen der Grünen: Bundesstraße B 44 soll das "Dornheimer Wäldchen" und die Moorteiche "Aus-X-en", immer mehr Beton und Asphalt. (Bild von der Brücke Büttelborn-Berkach Richtung Dornheim)



Wir wenden uns weiterhin gegen eine Trassenführung der B 44 um Groß-Gerau durch Büttelborner Gebiet, denn für Büttelborn bedeutet dies:

- Landschaftszerstörung (Dornheimer Wäldchen, Moorteiche)
- Lärmentwicklung bei den sehr häufigen Westwinden.

soziale Fragen

Streichung der Kindergartengebühren

Die jungen Familien mit Kindern haben in unserer Gesellschaft in beruflicher, finanzieller und erzieherischer Sicht eine hohe Belastung zu tragen. Vor diesem Hintergrund ist der Kindergeldzuschuß des Staates eine Farce, die noch dadurch verstärkt wird, daß die Kindergartengebühren bei uns in Büttelborn so hoch sind, daß eben dieses Kindergeld davon "verschluckt" wird. Der Kindergarten ist für das soziale Lernen ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil der Erziehung in unserer Gesellschaft geworden. Wir werden uns deshalb - was für die Schulen schon lange selbstverständlich ist - für einen kostenlosen Besuch auch des Kindergartens einsetzen.

Neubau des Kindergarten

Worfelden

Der Worfelder Kindergarten war ursprünglich nur für 40 Kinder geplant. Um in der Zwischenzeit mehr als 100 Kinder notdürftig unterbringen zu können, wurde er Schritt für Schritt recht und schlecht mit hohem Geldaufwand durch Anbauten und Umbauten immer weiter verkorst. Langfristig ist ein Neubau nicht zu vermeiden: Zum Wohle der Kinder, der Kindergärtnerinnen und auch der Gemeinde.

Musikerzieher/in

Musik ist ein wichtiger Bestandteil unseres Lebens. Leider besteht er für viele von uns nur in passiven Mu-

sikkonsum. Das Erlernen eines Instrumentes ist oft dem privaten Geldbeutel der Eltern überlassen. Nach unserer Auffassung ist es ein Skandal daß nach 10 Schuljahren die wenigsten ein Instrument beherrschen. Die Schule versagt hier. Wenn hier etwas dagegen gemacht werden soll, muß man schon im Kindergarten ansetzen. Denn die Beschäftigung mit Musik muß schon sehr früh und spielerisch einsetzen.

Wir fordern die Einstellung einer/eines Erzieherin/Erziehers mit musikpädagogischer Ausbildung.

Dritte Welt Hilfe



Es ist unsere humanitäre und christliche Pflicht, den Menschen der Dritten Welt so zu helfen, daß sie sich selbst weiterhelfen können. Es darf nicht zur Gewohnheit werden, daß wir uns die Nöte dieser Menschen am Fernsehapparat ansehen und nichts tun.

Die Grüne Liste wird sich dafür einsetzen, daß sich die Gemeinde Büttelborn (wie Langen und Kelsterbach) mit 1 DM pro Einwohner an einem Entwicklungshilfeprojekt von "Brot für die Welt" beteiligt. Regelmäßig sollen die Menschen in Büttelborn über den Stand der betreffenden Arbeit unterrichtet werden.

Altenwohnheime in Klein-Gerau/

Worfelden

Der Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft wächst. Alleinstehende alte Menschen sollen solange wie möglich in der gewohnten dörflichen Umgebung verbleiben können. Das Altenwohnheim ist eine Hilfe dazu. Es bietet relative Eigenständigkeit und mindert das Alleinsein. Das Altenwohnheim in Büttelborn ist dazu ein positives Beispiel. Gleichzeitig sollten die Altenwohnheime mit Gesellschaftsräumen zu Treffpunkten für ältere Ortsbürgerinnen und -bürger ausgebaut werden.

Altenpfleger/in

Was für die Jugend billig ist (nämlich ein Jugendpfleger) sollte für das Alter recht sein: eine Altenpflegerin / ein Altenpfleger für alle drei Ortsteile. Neben der Betreuungsrbeit sollte die Unterstützung der Aktivitäten der Rentnergruppen, Kirchen und Arbeiterwohlfahrt zu den Aufgaben zählen.

Frauenhaus ZUM SCHUTZ VON MISSHANDELTEN FRAUEN UND KINDERN

Die Grüne Liste wird sich weiterhin dafür einsetzen, daß das Frauenhaus in Groß-Gerau großzügig finanziell unterstützt wird.

Müttergruppen, Stillgruppen

Über die beiden Krabbelstuben-Gruppen im Klein-Gerauer Rathaus hinaus sollen noch mehr Frauen durch ein erweitertes Raumangebot dazu ermutigt werden.

Die Bereiche **Wohnen & Verkehr** sowie **Kultur** unseres Wahlprogrammes werden im März-Heft dargestellt.

Vergiftung der Umwelt zeigt sich in Muttermilch!

Am 20.9.84 wurde unser Simon geboren. Meine Frau wollte stillen, besonders aus zwei Gründen:

Einmal stärkt die Muttermilch in den ersten Monaten die Abwehrkräfte des Säuglings, zum anderen ist Stillen positiv für die Mutter-Kind-Beziehung.

Nach einigen Monaten ließ meine Frau eine Muttermilchprobe am Staatlichen Medizinal-, Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungsamt in Gießen untersuchen. Als der Befund kam, waren wir erschreckt:

Rückstandsmengen bezogen auf Milchfett in ppm

Chemische Bezeichnung	In Ihrer Milch	Mittelwert bei Frauen in der BRD	+ über dem - unter dem Durchschnitt
Hexachlorbenzol	0,267	1,7	-
α-HCH	0,001	0,02	-
β-HCH	0,182	0,25	-
γ-HCH	0,018	0,05	-
Heptachlor-epoxid	0,063	0,02	+
Dieldrin	0,018	0,03	-
DDT DDE + DDD	0,154 6,985	1,32	+
PCB's	3,625	2,00	+

Meine Frau rief den zuständigen Prof. Muskat an und unterhielt sich auch mit ihrem Frauenarzt über das Ergebnis. Weiter beschafften wir uns Informationsmaterial über die Materie. Es kristallisierte sich für uns folgendes heraus:

All die genannten Gifte kommen in Spuren in der Landwirtschaft, Haushalten, Kosmetika oder in den Abgasen vor. Sie gelangen in das Körperfett und Nervengewebe, wo sie sich über Jahre und Jahrzehnte speichern.

Über die Fetttropfen der Muttermilch können sie allerdings ausgeschieden werden. Ich will mich im weiteren auf DDT und PCB beschränken:

Diese Gifte wirken als Nervengift. Nach Untersuchungen und Unfällen sind Lerndefekte, Verhaltensstörungen, Schlafstörungen, Fortpflanzungsstörungen, Veränderungen der Erbsubstanz Folgeerscheinungen.

DDT ist seit 1977 in der BRD verboten, dafür aber das verwandte DDE und DDD nicht. In den Böden sind aber immer noch Reste vorhanden. Aber weit wichtiger: Wissenschaftler der Bundesanstalt für Milchforschung in Kiel gehen davon aus, daß diese Gifte zu erheblichen Teilen über Futtermittel aus dem Ausland in die BRD gelangen.

PCBs werden als Plastik- und Farbzusätze verwendet. Solche Diphenyle dienen z.B. auch zur Konservierung von Zitrusfruchtschalen.

Was wollen wir jetzt in unserer Familie tun? - Das Stillen werden wir nicht aufgeben. Nach Meinung der Ärzte überwiegen immer noch die oben genannten Vorteile den Nachteilen. Abstillen werden wir nach 6 Monaten.



- Weniger Verzehr von Fleisch. Es enthält als Ende der natürlichen Freßkette die höchsten Konzentrationen.
- Möglichst wenig Früchte aus "Giftländern" kaufen.

Eine Lösung ist dies aber ehrlich gesehen nicht. Als Normalverbraucher kann man einfach den Giften nicht entgehen. Ich bin der Meinung, daß es nur radikale staatliche Maßnahmen als Lösung geben kann. Es reicht z.B. für DDT ein nationales Verbot nicht aus. Man muß Druck auf die anderer Erzeugerländer machen: notfalls die Nahr- und Futtermittel-Einfuhren stoppen. Dazu käme eine Erweiterung des Verbotes ... DDT auf die anderen Substanzen.

WICHTIG:

Mütter, die ebenfalls ihre Muttermilch kostenlos untersuchen lassen wollen, schreiben eine Postkarte an das Staatliche Medizinal-, Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungsamt in 6300 Gießen, Marburger Straße 54 oder rufen dort an : Telefon 0641/33018 . Die Unterlagen werden dann zugeschickt. Peter Best

Warum wir den SPD-Haushalt ablehnten?

Grundlage unseres Handelns ist die Rücksicht auf die menschlichen und natürlichen Lebensgrundlagen.

Als vor zwei Jahren die Vereinbarungen zwischen GLB und SPD bei der Bürgermeisterwahl getroffen wurden, waren wir guten Mutes, zusammen mit der SPD eine Politik in diesem Sinn verwirklichen zu können.

Wir hatten unseren Teil mit der Wahl Horst Gölzenleuchters im Voraus zu erfüllen. Die Verwirklichung der gemeinsamen Vorhaben gründete sich nur auf das Vertrauen in die SPD und ihren Bürgermeister. Denn eines war uns damals klar: Wenn die SPD nicht zu den Vereinbarungen stünde, gäbe es keine Möglichkeit, sie in die Tat umzusetzen.

Die GLB hat dieses Vertrauen aufgebracht. Wir glaubten, zusammen mit den Sozialdemokraten neue Wege beschreiten zu können: Weg von den harten, technokratischen Methoden - Hin zu sanften und schonenden Lösungen. Wir sind enttäuscht worden!

- Die Wurzelraumsorgung wird durch immer weitere Verzögerungen blockiert, obwohl sie konventionellen Klärverfahren finanziell und in der Wirkung überlegen ist.
- Eine bessere Informationspolitik für die Bürger findet nicht statt. Nicht einmal das Salzverbot auf Gehwegen wurde den Einwohnern nahegebracht.
- Verkehrsberuhigung hat bis auf eine Ausschusstagung nirgends stattgefunden. Radwege sind leider immer noch im Planungsstadium.
- Der Flächennutzungsplan mit dem wichtigen Grünplan zur Neuordnung des Außenbereiches sollte bis zum Ende der Legislaturperiode verabschiedet sein. Zu mehr als einigen dürftigen Ausschusssitzungen kam es nicht, weil die SPD bisher nicht in der Lage war, sich mit dem Thema intensiv zu beschäftigen.

Unsere Vorschläge zum Haushalt 1985 wurden im wesentlichen kurz und bündig abgeschmettert:

- Die Klagegemeinschaft Nachtflugverbot erhält keine finanzielle Unterstützung von der Gemeinde, um einen Prozeß zur Durchsetzung eines Nachtflugverbotes führen zu können.
- Den Kindern wird ein kostenloser Besuch der Kindergärten verwehrt. Die jungen Familien werden nicht entlastet.
- Zur Sicherstellung seltener Pflanzen und Tiergesellschaften sollte ein Gutachten für das Gelände der geplanten Mülldeponie erstellt werden. Das Geld dafür wurde nicht bewilligt. Die Deponie rückt immer näher!
- Zur Entlastung des Bestehenden sollte in Worfelden ein zweiter Kindergarten gebaut werden. Obwohl SPD und Teile der CDU ein neues Baugebiet mit etwa 100 Bauplätzen beschlossen haben, also eine Zunahme von Kindern zu erwarten ist, wurde unser Antrag abgelehnt.
- Zur Lösung der mannigfaltigen Umweltprobleme in Büttelborn schlugen wir die Einstellung eines Umweltbeauftragten vor.
- Für die musikalische Früherziehung wollten wir eine Halbtagskraft in den Kindergärten einstellen.

Beide Vorschläge im Personalbereich wurden abgelehnt.

SPD VERWEIGERT ZUSAMMENARBEIT

Unser Vertrauen in die Fähigkeit der SPD, neue Wege zu beschreiten, hat sich leider als falsch erwiesen. Das hat sich sowohl beim



AUSBLICK

Dieses Bild von den Störchen auf dem Büttelborner Rathaus stammt von 1929. Das Aussehen unserer drei Dörfer hat sich inzwischen vollkommen verändert, nicht immer zu seinem Vorteil. Auch die Störche sind ausgeblieben.

Mit all diesen Veränderungen haben wir uns in einem Arbeitskreis beschäftigt. Daraus ist der Bereich "Wohnen und Verkehr" unseres Wahlprogrammes entstanden. Diese Überlegungen zu einem "Dorfentwicklungsplan" wollen wir in der Märzausgabe des "Grünschnabels" vorstellen.

Verhalten zu den Vereinbarungen zwischen unseren Fraktionen, als auch bei der Beratung des Haushalts gezeigt, als die SPD nicht einmal den Ansatz gemacht hat, mit uns ins Gespräch zu kommen. Fast alle unsere Vorschläge wurden ohne viel Federlesens abgelehnt.

Einige konstruktive Gespräche vor der Schlußabstimmung hätten die jetzige verfahrenere Situation leicht verhindern können. Wir waren jedenfalls bereit, mit uns reden zu lassen. Wenn es allerdings die größte Fraktion nicht für nötig hält, die Vorschläge der anderen Parteien ernsthaft zu prüfen, um zu tragbaren Kompromissen zu kommen, darf sich niemand wundern, wenn der Haushalt keine Mehrheit findet.

Politik heißt auch, miteinander zu reden. Wir sind bereit dazu. Auch beim Haushalt 1985.